

Betreff: Anschub für Photovoltaik-Anlagen bei/auf Geschöß-  
wohnbauten;  
„Forcierung des Ausbaus gemeinschaftlicher  
PV-Anlagen im Rahmen des neu initiierten Klima-  
schutzfonds“



A-8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: [spoe.klub@stadt.graz.at](mailto:spoe.klub@stadt.graz.at)  
[www.graz.spoe.at](http://www.graz.spoe.at)  
DVR: 0828157

Graz, 19. September 2019

## ANTRAG

eingbracht von Frau Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Susanne Bauer  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 19. September 2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der weitere Ausbau der erneuerbaren Energieträger im Strombereich dient der Erfüllung von Klimaschutzvorgaben und beschleunigt die weitere Dezentralisierung der Energieversorgung. Seit der Novelle des Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetzes im Jahr 2017 ist es möglich, gemeinschaftliche Photovoltaikanlagen z.B. auf Hausdächern von Mehrparteienhäusern zu errichten. Dies ermöglicht es vor allem städtischen BewohnerInnen und EigentümerInnen einen weiteren aktiven Beitrag zur Energiewende zu leisten. Der so erzeugte Strom kann dabei vor Ort von den BewohnerInnen genutzt werden und führt langfristig zu Kostenvorteilen, ohne dabei für einzelne MieterInnen/EigentümerInnen einen Zwang zur Teilnahme mit sich zu bringen. Dieses Modell ermöglicht daher den Wohnbaugenossenschaften und den Eigentümergemeinschaften erneuerbare elektrische Energie kostengünstig zu erzeugen.

Die Stadt Graz bietet dazu bereits seit 2013 eine Förderung an (aktuelle Fassung GR-Beschluss vom 13. Dezember 2018), welche jedoch nur zögerlich (bislang rund 5 Genehmigungen) angenommen wurde. Die Ursachen dafür liegen einerseits in der schwierigen Darstellung der langfristigen Kostenvorteile für MieterInnen/EigentümerInnen und andererseits in der aufwendigen Überzeugungsarbeit, die die Projektinitiatoren (Hausverwaltungen, engagierte EigentümerInnen und MieterInnen oder lokale Energieversorger) zu leisten haben. Es fehlt oftmals an einer professionellen und glaubwürdigen Vorarbeit für die Projektierung einer gemeinschaftlichen PV-Anlage. Der Zeit- und Planungsaufwand bis zum Punkt der technischen Projektierung muss kurz und kostengünstig gehalten werden, um allgemeine Akzeptanz zu erhalten.

Durch die Errichtung eines speziellen darauf fokussierten Projektierungsbüros (technologie- und interessenneutral im Umweltamt in Kooperation mit der Grazer Energieagentur und der Energie Graz) könnten die aufwendigen Überzeugungsarbeiten professionalisiert und die Projektinitiatoren finanziell und technologisch entlastet werden. Gleichzeitig erhöht sich mit dieser Professionalisierung der Planung - im Vergleich zur bisherigen zufallsgesteuerten Herangehensweise - die Chance, erheblich

mehr an gemeinschaftliche PV-Anlagen im Stadtgebiet zu verwirklichen. Im Rahmen des Grazer Klimaschutzfonds wäre eine solche Stelle/ein solches Büro (organisatorisch, technisch und aufwandsbezogen) finanziell abbildbar und würde zu realen Umsetzungen im Sinne des Klimaschutzes führen.

Deshalb stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

**Antrag,**

die technische Beratungseinrichtung (technologie- und interessenneutral im Umweltamt in Kooperation mit der Grazer Energieagentur und der Energie Graz) für die Genossenschaften/Eigentumsgemeinschaften/MietersprecherInnen einzurichten und mit den notwendigen finanziellen Mittel auszustatten.